

AKTUELL

FRIDAYS FOR FUTURE

Schulfach Klimakrise?

Joël Adami

Die Klimakrise soll verstärkt in die Bildungspläne eingebunden werden, fordern die Aktivist*innen von Fridays for Future.

„Ohne Bildung wird sich nichts ändern, die Gesellschaft wird nichts über die Probleme erfahren, mit denen die Menschheit im Moment konfrontiert ist. Wir wollen, dass die Klimakrise ernst genommen wird“, schreiben die Klimaaktivist*innen in einer Pressemitteilung. Die Initiative geht von Fridays for Future Climate Education aus, einer internationalen Arbeitsgruppe von rund 80 Aktivist*innen aus 35 Ländern, die Teil der weltweiten Fridays for Future-Bewegung sind. Auch der luxemburgische Ableger Youth for Climate ist mit einem Aktivist in der Arbeitsgruppe vertreten.

Am Donnerstag, dem 18. März veröffentlichten sie ein Video, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. „Die Idee kam aus der polnischen FFF-Gruppe und hat sich dann in der ganzen Bewegung verbreitet. Wir wollen, dass die europäischen Staatschefs uns ernst nehmen und Klimabildung in den Lehrplänen verankern“, erklärte Achille Martin von Youth for Climate der woxx.

Sechs Forderungen für Klimabildung

Sechs Forderungen haben die jungen Aktivist*innen aufgestellt: Unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und sozialem Status soll Klimabildung für alle Schüler*innen verfügbar sein und somit auf jedem schulischen Niveau gelehrt werden. Fridays for Future wollen aber kein einzelnes Schulfach einführen, sondern fordern, dass Wissen über die Klimakrise in jedes Curriculum aufgenommen wird und Schüler*innen so die wissenschaftlichen, sozialen und ethischen Aspekte der Klimakrise beigebracht bekommen. Das wollen die Aktivist*innen auch in der Lehrer*innenausbildung umgesetzt sehen.

Die junge Generation der Klimaaktivist*innen weiß ganz genau, dass die Gewissheit, in einer von der Klimakrise geprägten Zukunft leben zu müssen, sich nicht besonders förderlich auf die Psyche auswirkt. Dementsprechend fordern sie, dass die Schulen die Ressourcen bereithalten, um mit den Sorgen und Auswirkun-

gen auf die psychische Gesundheit umzugehen, die die Klimakrise für Schüler*innen und Lehrkräfte mit sich bringt.

Allerdings geht es den Klimaschützer*innen nicht nur um das, was in Bildungsinstitutionen gelehrt wird, sondern auch um die Schulgebäude selbst: Bis 2030 müssten alle Schulen klimaneutral sein, jeder Schulneubau soll außerdem emissionsfrei sein. Die Schulen sollten ihre Schutzbefohlenen ebenfalls dazu anhalten, engagierte und aktive Mitbürger*innen zu werden und Verantwortung für Natur und Gesellschaft zu übernehmen – worin die traurige Gewissheit mitschwingt, dass Schulen dieses Ziel heute nicht erreichen.

Positive Resultate in den USA

Bringt Klimabildung etwas? Noch gibt es nicht sonderlich viel Forschung darüber, aber wohl einige Anhaltspunkte. So hat eine 2014 veröffentlichte Studie in den USA herausgefunden, dass schon eine einzelne Informationsveranstaltung über die Klimakrise Verhaltensänderungen bei Schüler*innen in Gang gesetzt hat. Nachdem sie in einer einstündigen Einheit von Expert*innen über die Klimakrise informiert wurden, hatten die Schüler*innen nicht nur akkuratere Informationen über die globale Erwärmung, sondern trugen dieses Wissen auch in ihre Familien weiter. Außerdem haben mehr von ihnen kleinere individuelle Maßnahmen getroffen, wie etwa Recycling oder Stromsparen. Insofern stellt sich durchaus die Frage, wie viel mit systematischer Klimabildung bei einer ohnehin schon sensibilisierten Generation erreicht werden könnte. Auch in den Bildungswissenschaften wird das Thema Klimabildung bereits seit einigen Jahren diskutiert – die Forderung von Fridays for Future dürfte hier auf offene Ohren stoßen.

Am heutigen Freitag, dem 19. März, ist ein weiterer internationaler Klimaaktionstag von Fridays for Future. Auch in Luxemburg wird um 15 Uhr eine kleine Protestaktion stattfinden. Die Aktivist*innen planen, unter dem Motto „Keine leeren Versprechen mehr!“ mit Kreidezeichnungen auf die Klimakrise aufmerksam zu machen, und wollen anschließend eine Menschenkette auf der Place d'Armes bilden.

SHORT NEWS

Incest : allongement des délais de prescription

(lc) – En France, la parution du livre « La familia grande » a mis une fin abrupte à la carrière du tout-puissant Olivier Duhamel pour cause d'inceste sur son beau-fils. Elle a aussi été à l'origine du hashtag #metooinceste, sous lequel des victimes d'inceste racontaient leurs expériences traumatisantes. Au Luxembourg aussi, des témoignages sont apparus, ce que le député Dan Biancalana a pris comme prétexte pour demander comment l'inceste était poursuivi chez nous. Dans sa réponse, la ministre de la Justice Sam Tanson admet que le Luxembourg ne dispose pas de chiffres exacts sur ce type de crime, mais peut uniquement recenser les condamnations qui concernent des viols et des attentats à la pudeur commis par des membres de la famille (5 en 2015, 4 en 2016, 2 en 2017 et 2018 et aucune en 2020). C'est pourquoi la ministre envisage de créer une « infraction autonome permettant de sanctionner ces faits », dans le cadre d'un avant-projet de loi sur lequel ses services sont en train de travailler. Quant à l'imprescriptibilité de l'inceste, comme elle est envisagée actuellement en Belgique, Tanson est aussi prête à faire bouger les lignes et fait savoir qu'au moins un allongement des délais de prescription est prévu.

Plattformwirtschaft: déi Lénk machen Druck

(tj) – Am Mittwoch übten déi Lénk scharfe Kritik an Onlinelieferdiensten wie Wedely. Deren Geschäftsmodell sieht vor, Essensbestellungen von Restaurants zu den Kunden*innen zu transportieren. Dabei wird jedoch kein Arbeitsvertrag zwischen den Kurier*innen und der Firma abgeschlossen: Wedely beschäftigt ihre Ausliefer*innen nicht als Angestellte, sondern als Selbstständige. Genau das kritisieren déi Lénk in ihrem Schreiben: „Die Kuriere (...) sind rechtlich also nicht abgesichert und die Plattform zahlt für sie keine Sozialversicherungsbeiträge.“ Déi Lénk kritisieren ferner, dass durch die finanziellen Hilfen für den Horesca-Sektor Lieferdienste wie Wedely indirekt mitfinanziert würden – in den Augen der Partei nicht hinnehmbar. Am Montag begann ein Prozess gegen Wedely wegen Verdachts auf Schwarzarbeit. Für déi Lénk stellen sich über diesen spezifischen Fall grundlegende Fragen in puncto Plattformwirtschaft. Déi Lénk fordert die Regierung auf, diese Arbeit rechtlich zu regulieren. Auf diese Weise könne „unlauterer Wettbewerb“ verhindert und „der Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen“ garantiert werden. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen gegen „Scheinselbstständigkeit“ vorzugehen, entsprechende Gesetzesänderungen stehen aber noch aus.

online

Impfung, Patente und Lyrik

Sie mögen die Printausgabe, aber Sie wollen mehr woxx? Dann schauen Sie doch auf woxx.lu vorbei: Dort finden Sie regelmäßige Artikel, die ausschließlich online erscheinen.

Initiative gegen Impf-Profiteure*innen Die Impfkampagnen gegen Covid werden durch das Profitstreben der Pharmakonzerne erschwert. Eine Europäische Bürgerinitiative fordert staatliche Eingriffe und sammelt hierfür Unterschriften. [woxx.lu/ebi](https://www.woxx.lu/ebi)

Impfstoffe: Gemeingüter statt Patente Warum Impfpatente ein Problem sind, aber nicht das einzige, hat die Expertin Fabienne Orsi in einem Interview erklärt. Ihre Ausführungen dazu und zu Ideologie und Geschichte des Patentrechts fassen wir hier zusammen. [woxx.eu/impfpatente](https://www.woxx.eu/impfpatente)

Ulrike Bail: „wie viele faden tief“ Im Gedichtband „wie viele faden tief“ offenbart die Lyrikerin Ulrike Bail die Poesie der Nähkunst. Ein kleines Buch, in dem Großes steckt. [woxx.eu/faden](https://www.woxx.eu/faden)
No Metal in this Battle : Shimokita/zeitzone Pendant que le monde culturel était paralysé par la pandémie, certains ne se sont pas laissé prendre le plaisir de composer, d'enregistrer et de partager leurs nouvelles prouesses, comme les afrobeat-post-punkers de No Metal avec leurs nouveaux titres. [woxx.eu/nometal](https://www.woxx.eu/nometal)